

41. SPÖ Bundesparteitag am 12. Juni 2010

SPÖ Bundesparteivorstand

Leitantrag 9 (Initiativantrag 1)

Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Umweltpolitik

Kapitalistische Wirtschaftssysteme leisten der **Ausbeutung** von Menschen, natürlichen Ressourcen und der Umwelt mit dem einzigen Ziel Vorschub, kurzfristig Profite zu maximieren. Wie Generationen später mit den Überresten einer zerstörten Erde auskommen, ist nicht im Fokus ihres Interesses. Als SozialdemokratInnen ist unser primäres Anliegen, dass alle Menschen frei, gleichberechtigt, selbstbestimmt, in Würde und in Frieden leben können und nicht nur als Objekte zur Steigerung der Gewinne dahinexistieren. Eine gesunde Umwelt mit ausreichend natürlichen Ressourcen muss auch den kommenden Generationen zur Verfügung stehen und zukunftsfähige Gestaltungsmöglichkeiten bieten.

Eine Gesellschaft, in der die Verfügbarkeit über Produktionsmittel und die Gestaltung des Umgangs mit natürlichen Ressourcen nicht für alle Menschen gleich zugänglich ist, ist keine **zukunftsfähige Gesellschaft**. Eine nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt setzt neben der Gerechtigkeit zwischen den ErdbürgerInnen ein Überdenken der Beziehung des Menschen zu allen seinen Lebensbereichen voraus. Dabei muss im Vordergrund stehen, dass die **Natur** nicht als beliebig kontrollierbare, kostenlose und unbegrenzte Quelle des Kapitals unter die Räder der herrschenden Ökonomie gerät.

Für faire Verteilung ist ein gerechtes und sozial umverteilendes Steuersystem unumgänglich. Dazu ist auch die **Ökologisierung des Steuersystems** eine probate Möglichkeit, wenn sie auf faire gesellschaftliche Lastenverteilung und ökologisch erwünschte Lenkungsmaßnahmen abzielt. Das reine Besteuern von Treibstoff, ohne dafür einen sozialen Ausgleich vorzusehen, ist kein Konzept für die Umgestaltung und Ökologisierung eines Systems, sondern lediglich Mittel zum Stopfen von Budgetlöchern.

Der vermeintliche Widerspruch zwischen einer gesunden Umwelt auf der einen Seite ODER einer florierenden Wirtschaft auf der anderen ist nicht die Herangehensweise der Sozialdemokratie, die ihr lange unterstellt wurde. Wir begrüßen Aktivitäten, die dazu führen, dass sogenannte „**green jobs**“ geschaffen werden. Diese tragen dazu bei, dass natürliche Ressourcen zukunftsfähig genutzt werden, sodass auch nachfolgende Generationen ein menschenwürdiges Lebensumfeld vorfinden und die die rein reparierende und technikorientierte Herangehensweise an Umweltprobleme überwinden können. So kann man bewirken, dass der **vorsorgende Umweltschutz** in den Mittelpunkt gestellt wird. Denn realpolitisch umstrittene Maßnahmen wie etwa CCS (Carbon Capture and Storage – also das Abscheiden und Speichern von schädlichem, übermäßigem CO₂ unter der Erde), der Emissionshandel oder das unreflektierte Einsetzen von nicht nachhaltig hergestellten Agrotreibstoffen haben momentan noch immer die Überhand im Ideenwettbewerb mit jenen Lösungen, die wir als SozialdemokratInnen bevorzugen. Dies sind beispielsweise strukturelle Energiesparmaßnahmen, ein Hinterfragen unseres Mobilitätsverständnisses oder die Bereitschaft zur Veränderung von Lebensstilen, ohne dabei zwangsläufig Verzicht üben zu müssen. Als SPÖ nehmen wir die unterschiedlichen Zugänge von Frauen und Männern im Bereich Umweltschutz wahr und auch ernst. Dem von Frauen eher bevorzugten Vorsorgeprinzip, das sich nicht auf rein technische Reparatur- und Konservierungsmaßnahmen beschränkt, widmen wir daher große Aufmerksamkeit und versuchen, oft wenig beachteten aber deshalb nicht minder wirkungsvollen Lösungsansätzen zum Durchbruch zu verhelfen.

Zentral mit dem Schutz unserer Umwelt ist der verantwortungsvolle Umgang mit **Ressourcen** verbunden. Dabei spielen Kaufentscheidungen eine bedeutende Rolle: die Entscheidung für energieeffiziente Geräte, für Fahrzeuge, bei denen die Wirtschaftlichkeit und nicht die Schnelligkeit im

Vordergrund stehen, für Wohnraum, der energieeffizient gebaut wurde und ökologisch sinnvoll beheizt, belüftet und belichtet werden kann und für Produkte, die repariert werden können und keine Einweg-Erzeugnisse sind, ist dabei von großer Bedeutung. Den mündigen KonsumentInnen, die mit ihren persönlichen Beschaffungen somit massiven Einfluss auf die Größe des CO₂-Rucksacks der gekauften Produkte, und damit Gewicht für die Entwicklung von Umwelt und Atmosphäre haben, müssen **leicht zugängliche Informationen** über energie- und umweltrelevante Aspekte ihrer Anschaffungen in die Hand gegeben werden.

Gerade bei der **Ernährung** wünschen sich viele KonsumentInnen Lebensmittel, die gesund und aus **ökologischer Landwirtschaft** sind, hergestellt unter sozial gerechten Bedingungen und aus dem regionalen Umfeld - also aus nachhaltiger Nutzung der Natur. Der Umstieg auf mehr ökologische Landwirtschaft, welche leistbare Produkte liefert, lässt sich durch das Streichen von Subventionen für Monokulturen und Massentierhaltung erleichtern. Außerdem sollten keine Gelder mehr für Vernichtungsprämien und Exportsubventionen ausgegeben werden. Dies hat auch einen entwicklungspolitischen Hintergrund: Billigste, weil mit Steuergeldern hochsubventionierte europäische Landwirtschaftsprodukte überschwemmen derzeit den afrikanischen Markt und erschweren es den lokalen BäuerInnen von ihren Ernten menschenwürdig leben zu können.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Schutz der ökologischen Bewirtschaftung vor der Gefahr der Vermischung mit **Gentechnisch Veränderten Organismen** (GVO). Dazu sollte es vor allem einfachere EU-weite Möglichkeiten geben, GMO-freie Regionen zu etablieren. „Gutes Leben“ im Sinne von hoher Lebensqualität UND verantwortungsvollem Umgang mit Umwelt und Ressourcen ist gegenwärtig oft von der finanziellen Möglichkeit der Menschen abhängig. Noch nicht jeder und vor allem nicht jede kann es sich leisten, biologische Produkte zu essen, die Freizeit in gesunder Umwelt zu verbringen und CO₂neutral zu reisen und zu wohnen.

Schutz von Klima und Umwelt darf aber **kein Luxus für Wenige** sein - nicht im Sinne der Umwelt und schon gar nicht im Sinne der einzelnen KonsumentInnen. Es geht nicht an, dass die ärmsten Menschen in schlecht isolierten Wohnungen mit klimazerstörenden Heizungen und den höchsten monatlichen Betriebskosten leben müssen und keine Chance haben, etwas an ihrer Situation zu ändern, weil VermieterInnen ihnen jede Änderung verbieten oder/und sie es sich auch gar nicht leisten könnten, Fenster zu erneuern oder die Ölheizung gegen eine umweltfreundliche Alternative zu tauschen.

Daher müssen **staatliche Zuschüsse für Umweltmaßnahmen** wie etwa **thermische Sanierung** von Wohnungen wahlweise auch als Kredit in Anspruch genommen werden können, welcher beispielsweise über Einsparungen durch geringere Heiz- und Betriebskosten oft schon in wenigen Jahren wieder abgezahlt ist. Die umweltfreundliche Investition jedoch bleibt üblicherweise über Jahrzehnte hinweg bestehen und hilft, Klima und Geldbörse zu schonen.

Der Wunsch nach räumlicher Nähe zu **hochwertigem Grün** hat unter anderem dazu geführt, dass immer mehr Menschen sich im städtischen Umland ansiedeln. Dies führt zu ökologisch negativen Effekten wie Zersiedelung, schlechter öffentlicher Verkehrsanbindung und der Notwendigkeit des Pendelns zu einem Arbeitsplatz in ein urbanes Ballungsgebiet. Hierbei gibt es unterschiedlichste Ansätze, die schon dabei beginnen, den Wunsch nach gesundem Grün auch innerhalb der Städte zu erfüllen und die dementsprechenden hochwertigen Grünanlagen leicht erreichbar anzubieten. Auch urbane „Speckgürtel“ müssen mit **öffentlichen Verkehrsmitteln** gut und sicher erreichbar sein, so dass niemand auf ein Auto angewiesen ist. Das heißt auch: Mehr Geld für Radwege und fussgängerInnenfreundliche Lösungen. Das Angebot von Teleworking, wodurch ArbeitnehmerInnen nicht jeden Tag ins Büro fahren müssen, soll unter der Prämisse ausgebaut werden, dass solche Arbeitsplätze nicht mit einer kombinierten Kinderbetreuung zu Hause verwechselt werden.

Darüber hinaus sollte aber auch das Konzept der **kurzen Wege** gefördert werden. So sollte es möglich sein, ohne Auto zur Arbeit, zur Schule, zu diversen Geschäften und sozialer Infrastruktur oder in Naherholungsgebiete zu kommen. Projekte, die dieses Konzept nicht befolgen, also „Planung in der grünen Wiese“, sollen noch strikter von allen Förderungen ausgeschlossen sein. Die Minimalanforderung liegt in der guten Erreichbarkeit mittels günstiger öffentlicher Verkehrsmittel. Von

der Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger profitieren alle Menschen: Verkehrsberuhigte Zonen werden möglich und man lebt nicht mehr zwischen parkenden Autos und mit ständigem gesundheitsgefährdenden Verkehrslärm. Das Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel sollte zu fairen und sozialen Preisen gestellt werden, damit Mobilität und Flexibilität keine Frage des Geldes und der sozialen Herkunft mehr sind.

Eine international denkende, solidarische **Klimapolitik**, hilft jenen Menschen, welche die Klimaerwärmung mitnichten verursacht haben, aber am meisten darunter leiden, dabei, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen, sie stellt kohlenstoffarme Technologie und das dafür nötige Knowhow zur Verfügung und unterstützt dabei, dass auch Entwicklungsländer in der Lage sind, ihren Beitrag für eine Reduktion des globalen Treibhausgasausstoßes zu leisten. Eine solche Politik wendet sich speziell an Frauen als die global vorrangigen Produzentinnen von Nahrungsmittel, Beschafferinnen von Wasser und somit an jene, die unter der Klimaerwärmung am meisten zu leiden haben. In den Ländern des Südens spielen Frauen eine zentrale Rolle beim Umweltschutz und dem verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen. In diesen Regionen haben sie aber nur in sehr geringem Ausmaß die Mittel und den Zugang zu Entscheidungen, weshalb sich Entwicklungspolitik im Umwelt-, Mobilitäts- und Energiesektor, besonders an den Bedürfnissen der Frauen zu orientieren hat.

Eine Verbindung von entwicklungs-, umwelt- und sozialpolitischen Strategien hilft auch dabei, Auswirkungen von **Naturkatastrophen** zu mindern und präventiven Katastrophenschutz zu ermöglichen. So verhindern z.B. intakte Mangrovenwälder die schlimmsten Auswirkungen von Flutwellen, eine emissionsarme Produktionsweise belastet Wasser und Boden weniger. Das führt dazu, dass in Fällen von Dürren oder anderen extremen Wetterphänomenen die negativen Auswirkungen auf die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln abgemildert werden.

Der 41. ordentliche Bundesparteitag der SPÖ fordert daher:

Die rein reparierende und technikorientierte end-of-the-pipe Herangehensweise an Umweltprobleme muss überwunden und der **vorsorgende Umweltschutz** in den Mittelpunkt gestellt werden.

Anstatt Monokulturen und Massentierhaltung zu fördern, muss durch finanzielle Anreize und Investitionen der Umstieg auf **ökologische Landwirtschaft**, die leistbare Produkte liefert, gelegt werden. Außerdem sollten keine Gelder mehr für Vernichtungsprämien und Exportsubventionen ausgegeben werden.

Die EU muss einfachere Möglichkeiten für die Mitgliedsländer schaffen, **genteknikfreie Regionen** auszuweisen. Für KonsumentInnen muss nachvollziehbar sein, ob in einem Lebensmittel oder Produkt auch gentechnisch veränderte Grundstoffe stecken oder z.B. verfüttert wurden. Gentechnik-kritische Forschung ist zu unterstützen, denn sie liefert wichtige sachliche Argumente gegenüber z.B. der WTO, die nur die Freiheit des Handels aber nicht die Gesundheit von Lebensmittel und Menschen verfolgt.

KonsumentInnen müssen den leichten Zugang auf bestmögliche Information für einen gesundheits-, umwelt- und klimabewußten Einkauf haben, aus denen etwa Hinweise auf mögliche Allergien durch Zusatzstoffe, der CO₂-Rucksack durch den Transport von Lebensmitteln oder der absehbare Energieverbrauch eines Produkts ablesbar sind. Es muss Informationen über die sogenannte „graue Energie“ geben (also wie viel Energie bei der Erzeugung des Produkts, des Hauses,... verwendet wurde) ebenso wie die Möglichkeit der Reparierbarkeit. Dazu sind auch Adressen von **Reparatur- und Servicezentren** leicht zugänglich zu machen und solche Serviceeinrichtungen sind durch die Einbindung in den sekundären Arbeitsmarkt zu fördern.

Energie- und Finanzierungsberatung und die **sozial treffsichere Gestaltung von Fördermöglichkeiten** (etwa in Gestalt von zinslosen Krediten) bei der Verbesserung des eigenen Lebensumfeldes wie z.B. der thermischen Sanierung der Wohnung müssen im Vordergrund stehen. Bei staatlichen Programmen zur **thermischen Sanierung** muss der soziale Wohnbau Vorrang

genießen. Darüber hinaus ist die thermische Sanierung ein wichtiger Konjunkturmotor und spült mehr Geld in die öffentlichen Budgets zurück, als die Förderung dem Staat kostet.

Im eigenen Bereich sollen Konsumgüter aus fairem Handel oder aus **biologischer Landwirtschaft** (bei Kaffee, Tee, Blumen, Säften, Schokolade,...) bei Konferenzen, Sitzungen und in Sekretariaten sowie im öffentlichen Bereich verwendet werden, bei Caterings möglichst die Angebote von sozioökonomischen Betrieben genutzt werden; das schafft wichtige MultiplikatorInnen für diese ökologisch und sozial wichtigen Ansätze.

Bei der **Raumplanung** ist darauf Bedacht zu nehmen, dass auch in städtischen Gebieten hochwertige Grünanlagen nahe sind. Urbane „Speckgürtel“ müssen mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut und sicher erreichbar sein, so dass niemand auf ein Auto angewiesen ist. Das heißt auch: Mehr Radwege und fussgängerInnenfreundliche Lösungen. Die Umsetzung des Konzepts der kurzen Wege muss gefördert werden. So wird es möglich, ohne großen Aufwand zur Arbeit, zur Schule, zu wichtigen Geschäften und sozialer Infrastruktur oder in Naherholungsgebiete zu kommen.

Öffentliche Verkehrsmittel müssen günstig, sicher und zuverlässig sein und so eine wirkliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellen. Von der Verlagerung des Personen- und Güterverkehrs auf umweltfreundliche Verkehrsträger profitieren vor allem Menschen, die im dicht verbauten Gebiet leben: Verkehrsberuhigte Zonen werden möglich und man lebt nicht mehr zwischen parkenden Autos und mit ständigem gesundheitsgefährdenden Verkehrslärm. Das Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel muss zu fairen und sozialen Preisen zur Verfügung gestellt werden, damit **Mobilität** und Flexibilität keine Frage des Geldes und der sozialen Herkunft sind. Intensiver Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und gute Anbindungsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Verkehrsträgern sind ebenso vordringlich wie der Ausbau von qualitativ hochwertigen Telearbeitsplätzen, um Verkehr zu vermeiden.

Österreich braucht eine glaubhafte Klimapolitik mit ambitionierten Zielen. Wir brauchen ein Bundesklimaschutzgesetz, das klare Vorgaben, Maßnahmen, Zeitrahmen, Finanzierungen und Lastenverteilungen vorsieht und das auf soziale Gerechtigkeit abzielt. Nicht die ArbeitnehmerInnen des Landes werden den Klimaschutz über erhöhte Abgaben und Preise alleine finanzieren, es müssen jene in die Pflicht genommen werden, die mit dem übermäßigen Ausstoß von Treibhausgasen gute Geschäfte machen.

Klimaschutzmaßnahmen im Inland ist gegenüber jenen, die über den Kauf von Verschmutzungszertifikaten im Ausland funktionieren, eindeutig der Vorrang zu geben. Sie sind so zu dotieren, dass effiziente Maßnahmen auch umgesetzt werden können. Diese schaffen **Arbeitsplätze** im Inland, steigern die **Wertschöpfung**, sichern die Reduzierung des Treibhausgasausstoßes in Österreich nicht nur für die kurze Zeit der Gültigkeit der Zertifikate, sondern für viele Jahrzehnte und helfen so effektiv, die Treibhausgase zu minimieren.

Auch auf internationaler Ebene muss sich Österreich für ein zukunftsfähiges **weltweites Klima-Abkommen** zur Treibhausgasreduktion stark machen und ambitionierte Ziele unterstützen. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise können Investitionen in nachhaltige **Technologien, erneuerbare Energien, green jobs** und in wirksame Maßnahmen zur Energieeffizienz wichtige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Impulse geben. Eine Verbindung von entwicklungs-, umwelt- und sozialpolitischen Strategien hilft dabei, Auswirkungen von Katastrophen zu mindern und präventiven Katastrophenschutz zu ermöglichen.

Als Sozialdemokratie bekennen wir uns zu einer **Ökologisierung des Steuersystems**. Nach dem vereinfachten Motto „tax what you burn, not what you earn“ bedeutet das für uns aber keineswegs irgendwelche singulären Maßnahmen, wie die bloße Erhöhung der Treibstoffpreise, ohne dafür einen sozialen Ausgleich zu finden. Nur in einer breit gefächerten Gesamtschau wird eine sozial verträgliche Ökologisierung gelingen, und es ist höchst an der Zeit, dies in Angriff zu nehmen, anstatt auf einer einseitig belastenden Einzelmaßnahme zu bestehen.

Ein zu schaffendes **Energie-Effizienz-Gesetz** soll Maßnahmen, die dazu angetan sind, Energie zu sparen, einen Marktwert geben und Energieanbieter sollen ihren KundInnen Möglichkeiten bieten, ihren Energieverbrauch effizienter zu machen.

Die SPÖ fordert eine Begrenzung des Einsatzes von **Agrotreibstoffen** (Biodiesel, Ethanol) und verweist auf ähnliche Überlegungen in der EU. Studien beweisen, dass ab einem Einsatz von mehr als 5,6 Prozent Beimischung in Benzin und Diesel Umweltschäden auftreten können. Agrarische Treibstoffe der zweiten Generation (Verwendung von biogenen Abfällen) sind weiter zu erforschen und bei Marktreife einzusetzen. Es ist aber nicht akzeptabel, dass zur Produktion von Treibstoffen Nahrungsmittel verwendet werden, Urwälder abgeholzt oder Torfe abgebrannt werden, Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren oder aufgrund gestiegener Preise für ihre mit Treibstoff konkurrierenden Grundnahrungsmittel hungern müssen.

Oberstes Ziel im verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen muss die Vermeidung von Verpackungen, Gebinden und Müll sein. **Vermeidung** muss **vor Recycling Priorität** eingeräumt werden. In diesem Sinne setzen wir uns für die gesetzliche Vorgabe von Quoten für Mehrweggebinde, besonders im Getränkehandel ein. Die freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie für die Wahlfreiheit der KonsumentInnen Ein- und Mehrweggebinde anzubieten, war nachweislich nicht erfolgreich, die Mehrwegflasche wird zur bedrohten Art.

Österreich muss sich weiterhin auf europäischer und internationaler Ebene für eine **atomenergiefreie** Zukunft der Energieversorgung einsetzen. Nicht nur, dass das Betreiben von AKW's unsicher ist und mit hohen Gefahren für Mensch und Natur einhergeht, ist gerade die Endlagerung des atomaren Mülls nicht gelöst und überaus teuer. Diese Kosten werden an kommende Generationen delegiert. Dies stellt aus sozialdemokratischer Sicht keine verantwortungsvolle Politik dar.